

Jean-Pierre Gallati

- Jahrgang 1966
- Wohlen
- verheiratet, eine erwachsene Tochter

Hobbys

- Lesen
- Geschichte
- Fussball

Ausbildung/Weiterbildung

- 1986 Matura Typus A (Alte Kantonsschule Aarau)
- 1993 lic. jur. (Universität Zürich)
- 1994 Anwaltspatent (Kanton Aargau)

Aktuelle berufliche Tätigkeit

- Selbständiger Rechtsanwalt in Berikon seit 1999
- Schwerpunkte: Öffentliches und privates Baurecht, Vertragsrecht und Erbrecht

Meine Engagements

- seit 2003 Präsident Aktion Freiheit und Verantwortung, Zürich
- 2004–2012 Präsident SVP Wohlen-Anglikon
- 2006–2015 Einwohnerrat der Gemeinde Wohlen
- seit 2009 Grossrat
- seit 2015 Fraktionschef

Meine Erfahrungen

- seit 1994 Rechtsanwalt
- 1995–1998 Mitarbeiter Baudepartement Aargau
- 1994–2001 Kommandant Grenadierkompanie 24
- seit 2002 Armeestab (Major)
- 2004–2015 Präsident Rekurskommission Aarg. Fussballverband
- 2009–2012 Stv. Mitglied grossrätliche Kommission Volkswirtschaft und Abgaben (VWA)
- 2012–2015 Mitglied grossrätliche Kommission VWA

Politische Schwerpunkte

- Für privates Engagement und gegen staatliche Bevormundung
- Freiheit und Leistung statt Umverteilung
- Stärkung der Eigenverantwortung
- Weniger Steuern und Abgaben

www.gallati.ag



Am 23. Oktober **wieder in den Grossen Rat**

Jean-Pierre Gallati

Wohlen
Rechtsanwalt in Berikon
Grossrat seit 2009
Fraktionschef

Liste 1



Engagiert im Einsatz als Grossrat vor der Bezirkspartei Bremgarten ...



... oder im «Kassensturz» auf SRF 1.

Die Weichen richtig stellen

Am 23. Oktober 2016 haben es die Wähler in der Hand: Entweder wird die bürgerliche Seite die Mehrheit im Grossen Rat erringen oder die linke Seite gewinnt die Oberhand. Der Bezirk Bremgarten ist wirtschaftlich stark. Wir sind aber auch in Zukunft auf gute Rahmenbedingungen angewiesen: Tiefe Steuern und Gebühren, so wenig Vorschriften wie möglich, flüssiger Verkehr und ausgezeichnete Schulen. Die in den letzten Jahren neu aufgegleiteten Prestige-Projekte wie Hightech Aargau sind zu stoppen. Wir brauchen keine staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme, die Dutzende von Millionen an Steuergeldern vernichten. Generell sollte sich der Staat darauf beschränken, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen.

Die nächsten vier Jahre wird sich der Grosse Rat mit Sparprogrammen beschäftigen, weil die kantonalen Politiker in den letzten acht Jahren beinahe 1'000 zusätzliche Stellen beschlossen haben. Die vom links-lastigen Regierungsrat geprägte Ära der stets wachsenden Staatsausgaben ist vorbei. Falls die dringende nötige Sanierung der Staatsfinanzen nicht gelingt, drohen happige Steuerfusserhöhungen.

Dramatische Auswirkungen auf die Gemeindefinanzierung hätte der neue Finanz- und Lastenausgleich. Damit lassen sich die Probleme der grösseren Gemeinden auch nicht lösen, im Gegenteil: Die falschen Strukturen werden durch die neuen Zuschüsse noch belohnt.